

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth

**Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit:
Kapitalismus ohne Alternative.
Am »Ende der Utopie« gilt: Demokratie und Sozialismus**

»Nein, alles mag verkommen, untergehen, sich selber zerstören - die revolutionäre Bewegung bleibt bestehen. An einem Ort ist sie sicher, am Ort der Utopie. Utopien leben von ihr, welken und verdorren. Der Drang nach Freiheit bringt neue Utopien hervor, solange es Unterdrückung gibt.« Paul Parin (1994)

Es bedarf der sozialistischen Vision

Der Sozialismus, den wir meinen, hat keine Konjunktur. Er hatte sie nie. Bestenfalls eine vermeintliche. Die vermeintliche freilich, das Konstrukt wirkte so drückend, daß nun nach dem primär von innen bewirkten Zusammenbruch des »realen Sozialismus«, welch letzterer sich schon im Begriff selbst verraten hat, aller Sozialismus nur noch eine Angelegenheit von Spinnern, bestenfalls Spintisierern zu bleiben den Anschein hat.

Mit der Häme derjenigen läßt sich unbeeindruckt leben, die das angebliche Projekt der Moderne, ausgeflaggt durch »Marktwirtschaft und liberale Demokratie«, als totalitäres, nämlich weltumspannendes Ende dieser Menschenzeit begriffen und verkündet haben (»... und sie sprechen wieder leiser in der kriegerischen Zeit, doch mit dem Lernen, war's immer noch nicht so weit«; frei nach BB).

Ungleich bestürzender wirkt auf uns, daß die meisten von den wenigen erfahrenen Kritikern der Lemmingsdynamik des wachstumszerstörerischen globalen Kapitalismus und der politischen Magersucht liberal verfaßter Demokratien, wie gezwungen, widerwillig und stöhnend aufgeben. Wir reden also nicht von den zahlreichen Wendehälsen, die ihren gesamten Verstand dazu mißbrauchen, ihre endliche Entdeckung zu rationalisieren, wie trefflich es sich siegend mit den Siegern im allemal siegreichen status quo lebt. »Denn wer im Wohlstand lebt ...«

Unser Freund und Kollege Joachim Hirsch mag's uns, am gleichen Strang ziehend, verzeihen, wenn wir eine seiner jüngsten Äußerungen als prototypisch für zahlreiche ähnliche Äußerungen zitieren:

»Realistischerweise muß man heute davon ausgehen, daß es nach dem Scheitern der etatistischen Revolutions- und Reformversuche dieses Jahrhunderts zum Kapitalismus derzeit kein plausibles gesellschaftliches Alternativmodell gibt« (Hirsch 1995).

Selbstverständlich gibt es eine Reihe, geradezu systematisch ineinander verfuhrter Gründe für diese sozialistische Resignation. Sie liegt mehr als nahe. Wie sollte man noch den Möglichkeitssinn strapazieren, wenn aus der betonierten Wirklichkeit auch kein Funke anderen gesellschaftlichen Landgewinns leuchtschwach herausgeschlagen werden kann? Wer nicht über so viel Wirklichkeitssinn verfügt, daß er oder sie einsieht, wann der rigor mortis einer historischen Figur eingetreten ist, der oder die wird zum Phantasten, bestenfalls zum Mitglied eines Konventikels im abgedunkelten Kerzenstummelstübchen. Schon die Edda wußte das. Menschen sterben, Gegenstände zerfallen, soziale Konfigurationen der Menschen hatten ihre Zeit. Die Geschichte ist voll der unabgeholten, aber nicht mehr märchenhaft prinzlich wach zu küssenden Möglichkeiten. Ein erdrückendes Museum. Eine nicht mehr nachzudichtende Ästhetik des Widerstands.

Die neue Bescheidenheit läßt auf Demokratie im Sinne verstärkter Demokratisierung setzen; die neue Bescheidenheit tritt in den überfällig notwendigen Kampf um die Menschenrechte ein - anhebend mit dem Kampf um deren unsicheren, von Obsoleszenz bedrohten Begriff; die neue Bescheidenheit läßt für möglichst tiefgreifende Reformen eintreten, auf reformerische sozial ausgleichende Variationen des globalen kapitalistischen Themas.

Die beiden Verfasser - früher im Sozialistischen Büro aktiv, heute im Komitee für Grundrechte und Demokratie - sympathisieren nachhaltig mit diesen Orientierungen. Und dennoch scheint uns diese neue Bescheidenheit insgesamt, wenn sie bei diesen Zwischenzielen und Zwischenaktivitäten stehen bleibt, falsch, fatal, ja verhängnisvoll. Es bedarf der sozialistischen Vision. Es bedarf der disziplinierten Arbeit an ihrem nicht perfektionistisch auszumalenden Konzept und dem Weg, der dem Ziel entsprechen muß. Das ist immer zugleich auch Weg (in diesem Sinne hatte der seinerzeitige »Revisionismus« Recht). Zu diesen zögerlichen, aber dann doch eindeutigen Bewertungen und Behauptungen gelangen wir aus den folgenden Gründen.

Zum ersten: Daß es kein fundamentum inconcussum von Erkenntnis, Urteil und Handeln gibt und geben kann, ist das Ergebnis wenigstens der intellektuellen Geschichte am Ausgang des 19. und am Anfang des 20. Jhdts. Um so schlimmer für die Wirklichkeit. Deren personale und soziale Definitionsmächte mobilisier(t)en und mord(et)en gerade in der systematischen Verdrängung dieser säkularen Einsicht - die nationalsozialistische Ideologie samt Herrschaft am ausgeprägtesten. Als könne es ethnisch, nationalistisch oder auch »realsozialistisch« perfekte Herrschaftsformen und ihnen eigene Gesellschaften geben. Als komme es nicht immer erneut je nach historischen Bedingungen auf die Gestaltung der human und entsprechend

gesellschaftlich unaufhebbaren, aber qualitativ unterschiedlich zu fassen- den Ambivalenzen an. Angefangen mit den Ambivalenzen, die sich daraus ergeben, daß unsere Existenz zwischen Natalität und Mortalität eingepflockt ist, die jeweils qualitativ verschieden kulturell gefaßt werden (Arendt 1981; Bauman 1992).

Weil es keine irdischen Absoluta gibt, ist es umso notwendiger, das Fundament der eigenen Kritik und des eigenen Handelns bewußterweise aus Tradition und zukünftiger Imagination zu kombinieren und dieses nur aus triftigen Gründen aufzugeben. Ohne ein solches, immer wieder erneut erprobtes, reflektorisch frisch gebadetes Fundament, bleibt alle Kritik luftig oder ihrem kritisierten Gegenstand, als kapitalistisch-etatistischer Weltvergesellschaftung substantiell allzu verbunden - so analog und grundsätzlich Adorno (1977). Wird das Fundament nicht explizit gemacht und so systematisch wie möglich begründet, dann holt uns unvermeidlich die nicht zufällig herrschende Wirklichkeit ein, in deren Mitte wir alle leben. Dann wird man ohne Abstand zum Komplizen. Oder aber alle Kritik und alle Reform werden der Tendenz nach zum Gerede, zur eigen- und fremdgerichteten Rationalisierung.

Zum zweiten: Selbstredend sind Reformen möglich. Es gibt nicht die unwandelbare, fertige, globale kapitalistische Herrschaft. Darum lohnt es, die in ihr gegebenen Dehnfugen des anders Handelns auszunutzen. Selbstverständlich gilt auch, daß alle Revolutionsromantik, schon immer faden-scheinig, wie sie war, nicht mehr aufzufrischen ist. Als könne eine andere Gesellschaftsformation drehbühnengleich in qualitativem Sprung erreicht werden; als sei ein solcher substanzieller Wandel in den 'Gebeinen' der gegebenen Bedingungen angelegt. Insofern gibt es nur bestenfalls reformerische Schritte zu einem Ziel, das nie beruhigt erreicht werden wird. Auf Erden wird es, anders als im »Prinzip Hoffnung« geschlossen, nie geben, was es noch niemals gab: »Heimat«.

Indes macht es eine Differenz ums Ganze, wie Reformen konzipiert werden, was mit ihnen verbunden wird, welcher stachlich, herrschaftlich nicht eingemeindbare Sinn und welche eckigen Formen in ihnen stecken, schließlich, welche erfahrung-skeptischen Hoffnungen man mit ihnen verbindet. Gerade die Gegenwart ist voll von an sich liebenswerten, den Herrschaftspanzer jedoch verstärkenden Reformillusionen. Hierher gehören beispielsweise eine Reihe neuerer Vorschläge, strukturelle Arbeitslosigkeit zu besänftigen, wenn nicht aufzuheben und die noch schiefer gewordene »Ebene« des sozialstaatlichen, in der Form immer schon a-, wenn nicht antidemokratischen Regulierungskomplexes »wieder« etwas 'ebener' zu rücken bzw. einige der schnell größer und neu-normal werdenden Löcher des »sozialen Netzes« zu stopfen. Die Deregulierung soll aufgehalten, ein

zweiter anderer Arbeitsmarkt soll politisch bewußt mit neuen politisch zugewiesenen Formen des Entgelts erweitert werden und dergleichen mehr. Leider bleibt die Frage unbeantwortet, wie eine solche neue Politik möglich sein soll, die die global ausgeuferte und über die Schwellen aller gesellschaftlichen Lokaltäten tretende kapitalistische Logik wieder, nein, neu und erstmals kanalisiert, denn der heutige kapitalistische Wasserstand hat eine historisch neue Höhe und Breite erreicht - trotz der von Anfang an gegebenen 'Tendenz'. Gleicherweise unbeantwortet bleibt, wie die gegebene staatliche Politikform solche Reformleistungen erbringen soll, eine staatliche Politikform, die gerade darauf hinausläuft, alle sperrigen bürgerlichen Elemente im kapitalistisch-staatlichen Interesse einzubinden oder abzuschneiden. Denn das »Interesse des Staates an sich selber« ist bei allem Wandlungen, wie Joachim Hirsch jüngst noch einmal gezeigt hat (1995a), rebus sic stantibus immer zugleich auch ein kapitalkonformes. Schließlich wird die Frage offen gelassen, welche Effekte die vorgesehenen Reformen über die unmittelbar positiv davon Betroffenen hinaus, die also neue Arbeit erhalten, zeitigen, feuerzangenbolenhafte vorausgesetzt, sie kämen zustande (»stellen wir uns einmal ganz dumm«).

Ähnliche Einwände gelten gegenüber dem flügenden Modebegriff des Brundtland-Berichtes, dem »sustainable development«, kaum verständlich und zugleich verräterisch als »nachhaltige Entwicklung« eingedeutscht. Warum nur wollen alle seine sympathischen Vertreterinnen und Vertreter, sich um Wort und Sache einer zünftigen Kapitalismuskritik herumdrücken, die die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie trotz aller Irrtümer im einzelnen immer noch nacherfinden müßte, wenn dieselbe nicht schon in den *Kapital*-Bänden, den *Grundrissen* u.a.m. zum kritischen Weiterdenken vorläge? Warum wird verheimlicht, wenn wir unterstellen, daß keine Denkpause eingelegt wird, daß es ein kapitalistisches Wachstum, das nun in global verdichteter Konkurrenz nach innen expandiert, im Sinne eines Wachstums ohne massive negative ökologische und vor allem soziale Effekte nicht geben kann? Vermeinen die Vertreterinnen und Vertreter dieses ausgeglichenen Wachstums, dasselbe könne kostenfrei garantiert werden? Oder haben sie eine neue politische Ökonomie im Sinne? Letztere müßte dann aber entsprechend in ihren Institutionen und Funktionen vorgestellt werden. Sie könnte u. E. nur in sozialistischer Richtung konzipiert werden. Gerade im Umfeld ökologischer Kritik, so berechtigt und notwendig dieselbe ist, sind analytische und normative Drückebergereien häufig anzutreffen. Da wird beispielsweise auf 'rein' technische Lösungen à la Sonnenenergie gesetzt, - die wir, soweit wir darüber Bescheid wissen, für wichtig, für förderungswürdig und verbreitenswert halten -, als ob damit und mit ähnlichen Nutzungen anderer Energien oder neuen technologischen Erfin-

dungen der Ungleichheit produzierende geradezu universelle, vor allem aber soziale Raubbau kapitalistischer Ökonomie behoben wäre. Oder aber es werden neue Besteuerungsformen vorgeschlagen, die Umwelt schonen und Energie sparen lassen sollen. Als ob solche Steuern, wenn sie denn wie beabsichtigt wirkten, ohne sonstige politisch-ökonomische Strukturänderungen ihrerseits sanft eine neue politisch-ökonomische Steuerung zuließen oder das wirtschaftliche Wachstum nur noch auf akzeptablen Wohlstand allwärts trimmten.

Der Mangel der Kritik setzt sich im Mangel an anderer («alternativer») gesellschaftlicher Vorstellung fort und umgekehrt. Der Mangel an Kritik ist ein Mangel an Leidensdruck und Phantasie. Am deutlichsten wird dies bei denjenigen Vertretern in der Regel akademisch privilegierter westlicher, sprich »zivilisatorischer« Intelligenz, die wir als Neopositivisten bezeichnen, sprich solchen, die die Waffe der Kritik aus der Hand gelegt haben, um moralentspannt die Welt voller Chancen und Lichtflecken einer »civil society«, kommunitaristischer Möglichkeiten und neuer Formen der unendlichen Politik individueller Akteure wuseln zu sehen.

Zum dritten: Was kümmerte uns der frohgemut sanguinische Neopositivismus, wenn derselbe nicht die »demokratische Frage« und die Menschenrechte geradezu grundsätzlich verfehlt. Gewiß, »die allgemeine Schwarzmalerei noch einmal nachzuschwärzen« (Beck 1993, 33), bereitet wenig Vergnügen. Und für das Lebensgefühl mag der alte Poesiealbumspruch besser geeignet sein: »Hab' Sonne im Herzen, ob's stürmt oder schneit ...«. Für solche jedoch, die die Begriffe Demokratie und Menschenrechte nicht vergebens im Munde tragen wollen, für solche, positionell Intellektuelle oder doch Kopfarbeiter, die kriterienbewußt hinsehen und analysieren sollen, gilt Schumpeters Einsicht, an die Claus Koch gerade wieder erinnert hat: »Optimismus ist nichts anderes als eine Form der Pflichtvergessenheit« (Koch 1995). Das aber heißt bezogen auf Demokratie und Menschenrechte: Beide in Inhalt und Form, in Substanz und Prozedur notwendig aufeinander verwiesen, sind entwicklungslogisch auf den Obsoleszenzetat gesetzt. Beide sind im Sinne von Günther Anders antiquiert. Nicht nur Alexis de Tocqueville, der altständisch-adelig Radikale, und auch Max Weber, als Modernisierungstheoretiker geradezu umfassend verkannt, haben darauf vor schon bald 100 und mehr als 150 Jahren am Beginn kapitalistisch-demokratisch-menschenrechtlicher Globalisierung bzw. ungleichzeitiger Scheinglobalisierung aufmerksam gemacht (s. Max Webers bekannte Äußerungen in seinem Rußlandaufsatz und am Ende der »Protestantischen Ethik« - 1989 bzw. 1989), daß kapitalistisch-etatistische Expansion und die damit verbundenen Nivellierungen und Individualisierungen nicht begriffen und verkannt werden dürfen als eine Entwicklung,

die mehr massenhaft Vereinzelte zu selbstbewußten und handlungsfähigen Personen werden läßt (denen, mit Hannah Arendt gesprochen, die human agency eignet). Genau das Gegenteil befürchteten beide mit guten Gründen. Nur mithilfe begrifflich normativer Verwässerung, wenn Demokratie und Menschenrechte zu Discountpreisen gehandelt werden, ist es möglich, positivistisch zu plantschen. Dann kann so getan werden, als sei das demokratisch-menschenrechtlich bespickte »Projekt der Moderne« nach wie vor gut zu Fuß, ja zivilisatorisch allen Rückfällen zum Trotz auf bestem Wege. Zum vierten: Wenn man sich zum verschwisterten normativen und analytischen Opportunismus nicht bekehren lassen möchte, wenn einen die täglichen Katastrophen nicht zu »politics as usual« zurückführen, dann ist in der sozialistischen Totaldürre der Gegenwart mehr denn je die konkrete Halluzination von Sozialismus vonnöten. Nicht, um sich über diese Gegenwart zu erheben. Nein, um ihr nicht zu erliegen und genau falsch zu resignieren. Indem man sich schmerzlich dem status quo anbequemt, weil angeblich alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Wir wollen das Beispiel an dieser Stelle nicht ausführen. Es siedelt auch etwas an anderer Stelle. Freilich hat es durchaus mit Sozialismus zu tun, wie wir ihn traditionsverbunden und traditionskritisch verstehen. Als Zusammenfassung einer gesamtgesellschaftlich geltenden moralischen Ökonomie, die infolge struktureller Gleichheit und ermöglichtem sozialen Sinn Aggressionen ausdünn und daraufhin orientiert, friedlich mit Konflikten umzugehen.

In diesen Tagen, Monaten und Jahren häufen sich die Konversionen von Leuten, die sich als Pazifisten gerierten, zu solchen, die meinen, ab und an sei eine krieglerische Intervention nötig. Denn Krieg sei nun einmal ein nicht wegzudenkendes (zentrales) Element der menschlichen Geschichte. Statt hart und unnachgiebig zu prüfen, ob alle politisch friedlichen Mittel der Konfliktlösung ausgeschöpft wurden, immer erneut darauf zu drängen, daß die Stunde konsequent ziviler interventionistischer Politik schlage, fallen die pazifistischen Sauli als militaristische Pauli in den Abgrund der üblichen Politik. Abstandslos, kopflos, emphatisch moralisch morallos. Ja, geradezu selbstzerstörerisch, betrachtet man das Beispiel des Philosophen Jürgen Habermas (1995) und sein lebenslanges, von ihm gekürtes, ihn philosophisch qualifizierendes Konzept herrschaftsfreier Kommunikation. Kurzum, statt an den Zielen und Mitteln politischer Konfliktlösung festzuhalten, statt einmal, da's darauf ankommt, zu zeigen, was Diskurs bedeutet, fällt man den bei anderer Gelegenheit hochgehaltenen Menschenrechten, die mit dem Recht auf Unversehrtheit anheben, in den Rücken, indem man sich auf dem Boden der herrschenden Bedingungen begibt. Und diese Bedingungen lauten nun einmal: Staaten und durch sie primär repräsentierte

Gruppen verfolgen ihre eigenen herrschaftlichen Interessen. Und zu diesen gehört nun einmal der Einsatz kriegerischer Mittel. Derselbe und die hinter ihm stehenden Interessen können seit alters am besten drapiert werden, wenn man Kriege als *justa bella* auftackelt.

Ob man sich solcherart auf die Ebene »capitalism and politics as usual« begibt, hängt nicht zuletzt damit zusammen, welche Ängste und Befürchtungen einen motivieren und auf welche verursachenden Faktoren sich dieselben beziehen. Unsere Ängste gelten genau den »normalen« politisch-ökonomischen Vollzügen und ihren Institutionen. Sie stauen Aggressionen; sie hecken Kriege ineins mit genozidalen Schlächtereien. Unsere Befürchtungen gelten exakt der medienschreierischen Politik, die ihre eigene Ohnmacht angesichts kapitalistischer Interessen interessiert nicht eingesteht. »Eigenständig« bleibt dieselbe allenfalls dort, wo sie das eigentümliche staatliche Gewaltmonopol notfalls rücksichtslos nach innen und nach außen einsetzt. In diesem Sinne enthält »unser« Sozialismus einen guten anarchistischen Schuß der Staatskritik. Wenn dem aber so ist, wenn Menschenrechte und Demokratie davon am meisten gefährdet werden, daß es vom Westen nichts Neues zu berichten gibt, weil alle politisch-ökonomischen Herausforderungen zu anderer Politik, zu anderen politischen Formen gemäß der *via moderna* kapitalistisch-liberaldemokratischer Art umgangen werden, dann gibt es nichts anderes (wenn auch in anderer Weise) als ehemals. Rosa Luxemburg und andere wußten darum. Dann lautet die zugespitzte Alternative nach wie vor: Sozialismus oder Barbarei. Wie könnte man, nähme man die von den 50jährigen Gedenkfeiern 1995 er- und enterinnerten Ereignisse und ihre Botschaften ernst, anders votieren?

Aus diesen voraussetzungsreichen Motiven und Gründen behaupten wir ohne jeglichen Originalitätsanspruch, daß am Sozialismus als Wegziel und Zielweg festgehalten, ja daß derselbe neu bestimmt werden müsse. Im Sinne des alten Rabbiworts: »Tradition bewahren, heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten«. Oder mit Cordelia Edvardson geredet (bei ihr, der Auschwitzüberlebenden ist das, wenn wir es recht sehen, auf das Leben insgesamt bezogen): »Gebranntes Kind sucht das Feuer« (1987). Wir formulieren einige Facetten des Sozialismus-Themas und seiner Voraussetzungen thesenförmig.

Die *auch* barbarische Dynamik des Prozesses der Zivilisation

Der Name des weltweiten Spiels lautet Kapitalismus. Kapitalismus, das heißt Grenzenlosigkeit. Grenzenlosigkeit dessen, was Marx die »Verwertung des Wertes« genannt hat, in der Umgangssprache Profit. Dieser Profit wird prinzipiell in einer Konkurrenz aller mit allen überall zu ergattern ge-

sucht. Das Schwungrad der Konkurrenz sorgt dafür, daß »die Begierde zum Haben und auch zum Herrschen« (Kant) nicht zur Ruhe kommt. Gemäß dem abgegriffenen Sprichwort: Wer kapitalistisch rastet, der rostet, der sinkt ab, verliert, verarmt.

Die Grenzenlosigkeit des kapitalistischen Nimmersatt gilt urbi et orbi, sprich in allen gesellschaftlichen Himmelsrichtungen. Sobald die kapitalistische Produktion einmal etabliert ist (oder von dadurch mächtigen Ländern anderen imperialistisch/kolonialistisch aufgepöppelt worden ist), bezieht sie alle Menschen in ihren diversen Gruppierungen ein; sie erobert alle Bereiche menschlicher Kultur; sie läßt auf der bewohnten Erde möglichst keine Nische mehr unberührt (wenn manche Regionen und viele Formen menschlicher Kultur auch als »unbrauchbar« ausgeschieden werden); sie besetzt und besitzt die individuellen Bedürfnisse; sprich: sie wird zum »Ich« und zum »Überich« gleicherweise und will auch noch das »Es« zweckvoll kanalisieren.

Karl Polanyi hat den Prozeß der kapitalistischen Durchdringung zunächst der europäisch-angelsächsischen Gesellschaften im Verlauf des 19. und frühen 20. Jhdts. vor allem in der »Great Transformation« (1977) eindringlich beschrieben. Diese Penetration, die für Polanyi auch den Hintergrund seiner Faschismus/Stalinismus-Diagnose abgegeben hat, ist heute noch nicht an ihr Ende gelangt, wenn eine solche kapitalistische Entropie überhaupt vorzustellen ist (Anhaltspunkte in der eigenen kapitalistischen Logik gibt es dafür). Sie hat jedoch eine u.a. von Marx zutreffend vorausgesagte Stufe der globalen kapitalistischen Produktion und des mehr und mehr entkoppelten globalen Finanzmarktes erreicht, die neue Entwicklungen (neue Formen der Vergesellschaftung, der Produktion und Reproduktion) freisetzt. Schon Keynes erwähnt die Gefahr des Entkoppelns dieser beiden Globalitäten als Kasino-Kapitalismus, über den Susan Strange dann ausführlich geschrieben hat (1986).

Diese vergleichsweise neuen, jedenfalls stärker durchschlagenden Formelemente sind hauptsächlich:

a) Die kapitalistische Ökonomie hat, indem sie alle Grenzen übersprang, bis sie nun vertreten durch die »global players« tendenziell überall präsent ist bzw. präsent gemacht werden kann, so daß Globalität und Lokalität ineinanderfließen, - diese entgrenzt funktionierende, ja institutionalisierte (das ist nicht zuletzt das vergleichsweise Neue) kapitalistische Ökonomie hat damit ihre kategoriale Grenze erreicht (soweit heute vorstellbar, wenn nicht Marsbewohner o.ä. hinzukommen). Das aber heißt, Kapitalismus kann prinzipiell in keinen neuen Territorien mehr 'Land nehmen' (das Faszinosum China besteht bekanntlich in seiner Unerschlossenheit als phantastisch vorgestellter Markt). Er muß die Konkurrenz weltmarktinnen ver-

schärfen, da es ein weltmarktaußen nicht gibt. Die kapitalistischen Anlage- und Verkaufsmöglichkeiten werden entsprechend intensiviert und nach neuen, noch unentdeckten Innenräumen wird Ausschau gehalten. Welt- raum ist innen, lautet die nicht gerade lyrische Devise, die einst ein Lyriker ausgegeben hat. Die Entdeckung der weiten Anlagemöglichkeiten des menschlichen Körpers infolge entsprechender innovatorischer Identifikatoren subzellulärer Vorgänge und die Hoffnung, hier werde ein anderes Clondike einen anderen Goldrausch ermöglichen, hat zum entsprechenden goldrush aller wissenschaftlich-technologisch entwickelten Länder geführt. Mit anderen Worten: Das Erreichen der kapitalistischen last frontier - zuvor hatten die territorialen Eroberungen den säkularen Boom im 19. und Teilen des 20. Jhdts. ermöglicht -, die etablierte Globalität hat nun verstärkt soziale und personale Entgrenzungen zur Folge. Die technologische Dissektion macht ökonomielogisch die weitere Dissoziation erforderlich.

b) Die Ex- und Intensivierung globaler Konkurrenz haben u.a. zur Folge: daß die Konkurrenz von der globalen in die lokale Dimension drückt; daß unbeschadet aller Reorganisation und internen Dezentralisierungen die Größe, in jedem Fall besondere z.B. technologische Macht zählt; daß die harte Konkurrenz durch dauernde Übernahmen von Unternehmen durch potentere und dauernde Ausscheidprozesse begleitet wird (wie gehabt, nun verstärkt); daß die tatsächlichen und Möchtegern global players nach organisationsinnen alles an Produktivität und Kostenersparnis aus den Arbeitenden herausholen, was möglich ist (das gegenwärtig orientierende Muster der lean production hat so gesehen bestenfalls den Taylorismus/Fordismus »aufgehoben«, sprich verändert und zugespitzt aufbewahrt); daß die Rücksichtslosigkeit gegenüber lokalen Bedingungen und vor allem gegenüber sozial nicht günstigen Umständen zunimmt; daß nicht die Angleichung, sondern die Ungleichheit der Arbeits- und der Lebensbedingungen die neue politische Geostrategie ausmacht bzw. aus ihr folgt.

c) Haben sich im 19./20. Jhd. Nationalstaat und Volkswirtschaft wechselseitig bedingt, gefördert und gestützt, selbstredend mit unvermeidlichen Konflikten angesichts partiell verschiedener Funktionen, Institutionen und Legitimationsmuster, so sind nun das Konzert der Weltökonomie und ihre ersten Geiger auf einer anderen Ebene angesiedelt als die territorial genetisch, funktional und legitimatorisch gebundene nationalstaatliche Politik. Diese Verschiebung hat zur Folge, daß nationalstaatliche Politik unvermeidlich provinziell wird, so machtvoll und unabdingbar sie bleiben mag.

Die Konsequenzen dieser entgrenzten von einer so neu erfahrenen Obergrenze bestimmten Ökonomie sind gravierend. Zuerst und vor allem: Das lange vorhergesagte und von manchen selbst in die antike Vorzeit zurückverlegte Weltsystem existiert. Es ist. Und es wirkt geradezu im Luhmann-

schen Systemsinne »operationell geschlossen«, freilich paradox zum sonstigen Systembegriff umweltlos. Seine Umwelt ist seine Innenwelt. Diese konkurrenzlose Situation global umrahmter Konkurrenz aber hat zur Folge, daß außer inneren Widersprüchen und den fortgezeugten Konflikten, die sich allein aus der ungleichen Interessenkonkurrenz schon ergeben, eine sog. Alternative nicht mehr präsent ist. Vorkapitalistische soziale Ökologien sind bis auf vernachlässigbare Inselchen besetzt, aufgebraucht, aufgesogen. Die Gleichschaltung Chinas u.a. ist im Gange. Nichtkapitalistische Ökonomien, die mit der kapitalistischen konkurrenzfähig wären, gibt es nicht. Die mimetische Kraft kapitalistischer Ökonomie wirkt gleich der, die Max Weber der Bürokratie als Herrschaftsform zuerkannte. Eine Bürokratie läßt sich nur mit bürokratischen Mitteln bekämpfen, sprich eine Kooptation qua Form findet statt, selbst wenn andere Inhalte und Personen randständig eine Rolle spielen sollten.

Die konkurrenzlose Situation kapitalistischer Konkurrenz und ihr überall mächtiges Interesse begründet eine ohnehin nur informell gegebene Situation einer ökonomischen Verfassung ohne checks and balances, ohne Kontrolle, ohne andere als konkurrierende Gewaltenteilung. Daraus resultiert die nahe Gefahr, daß die innere Entgrenzung, von der oben die Rede war, die unbarmherzige Suche nach neuen Anlage- und Konsumräumen, gerade das zunichte macht, was nun weltweit möglich scheint: Menschenrechte und Demokratie. Infrage stehen die sozialen Bedingungen, die Grenzen und die materiell-kulturellen Ausstattungen, derer beide bedürfen, Demokratie als Politikform wie Menschen, die ihre Menschenrechte verwirklichen sollen und wollen. Diese sozioökonomisch-räumlichen Voraussetzungen erodieren, verschwinden bzw. werden nicht neu geschaffen. Ein Lob der (vormodernen) Vergangenheit ist insgesamt nicht angebracht. Widerstandsfähige Menschen, Stehaufmännchen und Stehauffrauchen mit Bleigewicht, anders: selbstdenkende, an eigenen Urteilkriterien ausgerichtete, und selbsttätige Menschen werden gerade nicht verlangt. Lean production erfordert lean persons.

'Der' Staat entwickelt sich parallel zur kapitalistischen Ökonomie, ja er geht ihr als merkantil sich ausdehnender Feudalstaat etliche Schritte voraus. Er wurde zu der politischen Form der Moderne und hat sich in der von Anfang an gegebenen Pluralität der Staaten, die Konkurrenz unter den Staaten zum essentiellen Merkmal des Staates machte, weltweit etabliert. Dieser moderne Staat zeichnet sich durch eine Reihe erst mühsam über die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte erworbener Monopole aus. Seine Repräsentanten sind gehalten, dieselben immer erneut zu erwerben, um sie zu besitzen. Die Monopolreihe hebt an mit dem seinerseits überaus gewalttätig ergatter-

ten Gewaltmonopol - zunächst der *domini terrae* (Tilly 1989); dasselbe ist direkt gebunden an das Steuermonopol (Steuer definiert als Zwangsabgabe); mit beiden Monopolen aufs engste verknüpft ist das Rechtsmonopol; alle drei Monopole werden ergänzt durch das spezifische monetäre Monopol der Geldwertgarantie qua Geldschöpfung. Schließlich zeichnen sich alle bürokratisch verwirklichten Monopole dadurch aus, daß sie einen genuin *politischen* Anspruch verkörpern, nämlich das Allgemeine einer Gesellschaft über dem Reich der Besonder- bzw. Privatheiten.

Teilweise analog zur kapitalistischen Entwicklung ist die staatliche durch folgende Merkmale ausgezeichnet:

a) Durch ihre nivellierende Herrschaftslogik an erster Stelle. Die zentrale, zunächst primär personal ausgewiesene Herrschaftsinstanz etablierte sich mehr und mehr, indem sie alle originären, das heißt über eigene Ressourcen und vormoderne Legitimitäten verfügenden Gewalten zerstörte, ausschaltete, kooptierte oder verhindert(e), daß sie neu zustandekommen. Das aber bedeutete, als Herrschaft über »Land und Leute«, daß alle Korporationen prinzipiell in 'Leute' individualisiert und alle Individuen gegenüber der Herrschaft gleichgestellt wurden. Das erste Gebot des mosaischen Gesetzes wurde säkularisiert. Demgemäß entstand der moderne *Staatsbürger* - im deutschen Ausdruck, der kaum übersetzbar ist, am ausgeprägtesten. Dieser Bürger erhält seine »Identität« als »identifizierter«. In Deutschland ist er (und sie) seit nationalsozialistischer Herrschaft mit einer »Kennkarte«, einem Personalausweis ausgestattet. Die möglichst »restlose Erfassung« (Aly, Roth 1984) der Bürgerinnen und Bürger hält an.

b) Sieht man von den späteren »realsozialistischen« Staaten ab, so bildet sich in West-Mitteleuropa und in den angelsächsischen Ländern ein Staat heraus, der unbeschadet seiner Verfassung im einzelnen, den verfassten Rahmen einer unverfassten Ökonomie darstellt. Die Ökonomie aber ist durch eine Struktur der Privatheit ausgezeichnet; sie besitzt also kapitalistische Qualität. Staatliche Politik und was immer sich in ihrem Bereich als Recht entwickelt, als Bürger- und Menschenrechte schließlich, ist auch innerhalb des eigenen Territoriums prinzipiell auf den genuin staatlichen Sektor beschränkt. Das ist der An- oder auch der Ausgangspunkt späterer liberaler Entwicklung und entsprechender Verfassungen.

c) Die Herausbildung des Staates läßt sich grob in zwei Phasen unterteilen. Die erste kann man als Verstaatlichung bezeichnen. Diese Phase ist außerhalb Europas noch nicht abgeschlossen und hat im Umkreis der »realsozialistischen« Staaten z. T. nach 1990 erneut begonnen. Der zweiten Phase ist der Webersche Begriff der »Durchstaatung« angemessen. Im Zuge der kapitalistischen Durchdringung und ihrer massiven sozialen Umstrukturierungen und externen Effekte haben sich die politischen Zuständigkeiten

enorm ausgedehnt. Verrechtlichung heißt das dafür in den siebziger Jahren geprägte Wort. Mit der Ausdehnung der staatlichen Regulierungen geht Bürokratisierung einher. Diese Zwillingerscheinung von Verrechtlichung und Bürokratisierung, von Weber längst diagnostiziert, hat der immer prekären Einheit des Staates, der insbesondere in der deutschen Staatsrechtslehre bis heute wie ein Quasisubjekt gehandelt wird (nach dem geheimen Motto: »Wir wollen unseren Kaiser Wilhelm wieder haben...«) ein Ende bereitet. Die Versachlichung oder auch Apparatisierung der Politik hat dieselbe weithin unöffentlich, unübersichtlich, damit zugleich verantwortlich unzurechnungsfähig gemacht.

Norbert Elias und andere (bis hin zu Jürgen Habermas) haben den Prozeß der Zivilisation vor allem darin erkannt, daß sich ein Gewalt- und ineins damit ein Rechtsmonopol herausgebildet hat, das für ein zivilisierendes Zusammenspiel von Fremd- und verinnerlichter Selbstdisziplinierung Sorge. Seltsamerweise sind bei diesem Lob zivilisatorischer Verallgemeinerung von den Modernisierungs- bzw. Modernitätsempirikern kaum je die horrenden Kosten erörtert worden. Noch bevor die Behauptung, der Kapitalismus sei ohne Alternative, beinahe schlechthin allgemein geworden ist, ist der Staat (noch vor jeder Verfassungsdiskussion im einzelnen) als Non plus Ultra der Moderne, als ihre unersetzliche politische Form weithin akzeptiert worden. Dabei liegen, wie immer dieselben im einzelnen beurteilt werden, die ungeheuren Kosten, nicht zuletzt im 20. Jhd. offen zutage. Dieselben sind in folgenden Bereichen zu verbuchen: (1) der moderne Staat hat Gewalt monopolisiert; er hat sie mitnichten zu minimieren versucht; auch und gerade im Recht ist das bürgerliche Leben gewaltdurchzogen, von der lange lizenzierten Gewalt des bürgerlichen Mannes in »seinem« Haus ganz zu schweigen. (2) Die Gewalt nach innen wird durch die um vieles sichtbarere und spektakulärere Gewalt nach außen ergänzt. Wenn es überhaupt so etwas gibt, wie das von Claus Offe so bezeichnete »Interesse des Staates an sich selber«, dann wirkt es sich vor allem in dem im Gewaltmonopol dauernd rumorenden, vom Gewaltmonopol dauernd verführten Herrschaftsdrang nach außen in Konkurrenz zu anderen Herrschaftsgebilden oder herrschaftlich »unterentwickelten« Regionen qua kolonialistisch-imperialistischer Expansion aus. Das Gewaltmonopol und diejenigen, die über es verfügen, machen es aus, - die gegenwärtigen kriegerischen Metzereien und die internationalen Kriegsspiele weisen dieses Phänomen triftig aus -, daß Krieg, wenn nicht der Vater aller Dinge ist, so doch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln erscheint - oder, Clausewitz pervers, die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Christa Wolfs Cassandra hat trefflich darüber gesprochen. Wir leben allemal in Vor-, Kriegs- und Nachkriegszeiten. Der gewaltmonopolig bedroh-

te, also fremddisziplinierte und der im Kontext des Gewaltmonopols infolge der schon vorgeburtlich bestehenden Generalprävention sich selbst disziplinierende Mann («Untertan») und ihm folgender, männlich lange zusätzlich außen/innen disziplinierter Frau werden konsequenterweise zu allem möglichen nur nicht zu freien Bürgerinnen und Bürgern. Auch wenn man das verallgemeinerte und damit teilweise enteignete Freudsche Sozialisationsmuster als stimmig unterstellt - und Freud geht bekanntlich von einem Hobbes'schen Menschenbild aus -, wird man füglich bezweifeln, ob der Doppelzwang, der auf's politisch sozial nackte Individuum ausgeübt wird, tatsächlich Personen bildet, die menschenrechts- und demokratiefähig sind. Die vielfach bestätigbare Annahme liegt viel näher, daß auf diese Weise 'verbürgte' Bürgerinnen und Bürger mit der Dauerangst vor dem Chaos politisch privat produziert werden, die letztlich nur im Gewaltschutz ihre Freiheit in Sicherheit finden können. Anders gesagt: Die Eigenart des staatlichen Gewaltmonopols und seiner Organisation, von den strafrechtlichen Sublimierungen und der Mikrophysik der alltäglichen staatlichen Herrschaft a la Foucault ganz zu schweigen, bedingen den Bürger und die Bürgerin, die die staatliche Sicherheit als die ihre fortdauernd projizieren. Der so gelobte Prozeß der Zivilisation erscheint in dieser Weise nicht zuletzt als eine Dauerveranstaltung der schwarzen Pädagogik. Eines ist immer garantiert: Der Stau der Aggressionen, die unermüdlichen Ab- und Ausgrenzungen, Ethnizismen, Rassismen, Nationalismen und kriegerische Mobilisierungen.

Der moderne Staat hat sich in den Regionen, über die wir primär sprechen, zum Nationalstaat gewandelt. Im Prozeß der »Fundamentaldemokratisierung« des 19. und 20. Jhdts. (Karl Mannheim), sichtbar am Symptom der Wahlrechtsentwicklung, ist er als liberale Demokratie verfasst worden und hat die Bürger- und Menschenrechte in verschiedenen Versionen als seine Bezugsnormen statuiert. Die amerikanische und die französische Revolution am Ausgang des 18. Jhdts. flattern wie ungleiche erste Wetterfahnen dieser Entwicklung.

Die allmähliche Eingemeindung von Formen liberaler Demokratie und von Bürger- und Menschenrechten in den schon weit gezimmerten Staat oder deren gleichzeitige Entwicklung wie in den USA war von Anfang an äußerst begrenzt und prekär:

a) Demokratische Formen, Bürger- und Menschenrechte galten bestenfalls im Rahmen der staatlich-politischen Sphäre. Karl Marx' frühe Kritik in der *Judenfrage* von 1843 ist in dieser Hinsicht unverändert stimmig. Der gesamte Bereich dynamisch fortgezeugter gesellschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung wurde gemäß der liberalen Sphärentrennung ausgespart.

Gleichheit hier, Ungleichheit dort, demokratische Verfahren hier, Herr-Knecht-Magd-Verhältnisse dort; als sei eine solche institutionalisierte Schizophrenie praktikabel; als mache die kapitalistische Dynamik allemal rechtzeitig halt und drücke deren »Kolonialisierung« aller Politik und »Lebenswelt« nicht ihre systematisch gegebene Eigenart aus. Carole Pateman hat, Marx feministisch verlängernd, zusätzlich darauf aufmerksam gemacht, wie sehr in die behaupteten Universalien von Menschenrechten und liberaler Demokratie emphatische (klassen-)bürgerlich-männlich-westlich einseitige Interessen vertraglich hineingeheimnist worden sind (Pateman 1988). All diese erfahrungsgesättigten Erkenntnisse hindern freilich gegenwärtige Vertreter liberaler Demokratie nicht daran, frisch, fromm und fröhlich das Tandem liberale Demokratie/Marktwirtschaft zu strampeln mit dem Lied der »spheres of justice«, der ätherischen Sphärenzusammenklänge auf den Lippen.

b) Das bürgerliche Individuum wurde wie heute der demokratiefähige Bürger und die gleichbegabte Bürgerin vorausgesetzt. Zu Zeiten der eindeutigeren Klassenzuordnungen nahmen die »echten« Bürger, John Locke und Immanuel Kant eingeschlossen, immerhin noch an, der Bürger bedürfe, um freiheitsfähig zu sein bzw. zu werden, des erklecklichen, seine Selbstständigkeit gewährleistenden Eigentums. Dieses abstrakte Individuum - nackt und bloß, als Interessent auf seine Privatinteressen getrimmt - war indes von Anfang an als Demokratie- und Menschenrechts-'Träger' geradezu systematisch überfordert (wenn man's denn zur demokratischen, politikfähigen Person hätte entwickeln wollen). Darum fehlten Demokratie und Menschenrechten, welch letztere als bloß punktuelle Abwehrrechte konzipiert worden sind, von vornherein zureichende gesellschaftlich-materielle Fundierungen. Erst spät (von wenigen Ausnahmen wie Marx abgesehen) ist der schwierige, aber notwendige Zusammenhang »politischer« und »sozialer«, »individueller« und »kollektiver« Rechte erkannt worden. Er wird bis heute nirgendwo praktiziert. Darum ist »Demokratie« als Schumpetersche Eliteherrschaft auf Zeit noch das beste, was erwartet werden kann; darum sind Grund- und Menschenrechte nur im herrschaftlich-vermögenden Streitgetümmel symbolisch und gerichtlich zu gebrauchen. Gewiß ist dies wichtig, aber sie bilden nicht die wirksamen zentralen Bezugswerte von Politik, Ökonomie und Gesellschaft. Dazu sind sie den anders ausgerichteten Bürgerinnen und Bürgern unvermeidlicherweise viel zu fremd.

c) Nie ist liberale Demokratie, von ihrer verfaßten ökonomischen Dummheit (demokratisch gewertet) oder vertrauensseligen Intelligenz (vom kapitalistischen Interesse aus gesehen) einmal abgesehen, auf Massenpolitik und entsprechend Massendemokratie angemessen institutionell eingestellt worden. Dieser Formwandel liberaler Demokratie hat u.a. zur Folge, daß zum einen die »Anarchie« staatlicher Bürokratien im Mehrfachpassspiel

mit den hauptsächlichlichen, ihrerseits bürokratisierten organisierten Interessen das »politische« Ruder übernimmt - der Gesetzgebungsprozeß, der Kernvorgang liberaler Repräsentantenherrschaft kann dafür beispielhaft genommen werden. Zum anderen wird das, was an Politik vor allem der gewählten Exekutive noch bleibt, weithin zu einer Politik in der Manege. Schaustellerei, symbolische Politik, »glaubwürdige« Gesten, neue Formeln werden zum Politikelexier. Dazu gehört andauernd das, was Schattschneider in seiner trefflichen Kritik pluralistischer Demokratie vor bald 40 Jahren schon »the mobilization of bias« (1960) genannt hat, der dauernde Appell an den »inneren Schweinehund des Menschen« (Kurt Schumacher) bzw. an den Angstbeißer in den entsprechend 'gehaltenen' Bürgerinnen und Bürgern. Die immer noch zunehmende Verkindischung der Wahlkämpfe, und diese Politik ist Wahlkampf in Permanenz, belegt das Gesagte.

d) Und nun ist der mächtig-ohnmächtige Nationalstaat, der wie ein angeschlagener, vernebelter Boxer besonders Angst machen muß, auch noch vom Weltmarkt zusätzlich aufgehoben, d.h. bewahrt, aber in seiner Manövriermasse neu begrenzt und seinen Funktionen neu zugerichtet zugleich. Er ist notwendig. Es gibt bis heute jedenfalls keine andere dauerhafte Form. Die internationalen oder supranationalen Institutionen sind weithin Fleisch von seinem Fleisch. Sie können ihn, jedenfalls so, wie sie gegenwärtig bestehen, nicht ersetzen. Auch ganz gewiß nicht die überschätzten Non Governmental Organizations. Aber die ohnehin geschwundenen politischen Ressourcen und minimalen, wenngleich bereichsspezifisch sehr unterschiedlichen Kompetenzen politischen Handelns - angesichts der mangelnden Konsequenzen, sich neu zu verfassen, das Verhältnis von »Politik« und »Ökonomie« neu zu strukturieren, zum Teil selbstverschuldet, von borniert distanzlosen Wissenschaftlern mitverschuldet - werden vor allem auf dem alldominanten Gebiet der Ökonomie vollends ausgedünnt. Auch die »machtvollsten« Staaten und ihre in der Aura der Macht prunkenden Staatsmänner und Staatsfrauen, medial fortdauernd riesenbildert, werden bestenfalls zu strammen Mitläufern, die alles tun, um im Rahmen der globalen Standortkonkurrenz mitzuhalten. Die den Nationalstaat konstituierenden Monopole und seine so lange beanspruchte, kriegstreibende Souveränität schwinden zu einem Teil dahin.

Dieser systemisch verengte Spielraum staatlicher Politik und vor allem die ungleich stringenteren Ausrichtung ihrer Funktionen im Kontext der verdichteten globalen Konkurrenz haben zur Folge, daß das, was mickrig genug liberale Demokratie bedeutet hat, und das, was politisch Menschenrechte bedeutet haben, vollends auf den bestenfalls kläffenden Hund kommt. Die Staaten sind gerade zu dem nicht in der Lage, was politisch (demokratisch) ihre *raison d'être* ausmacht: Nämlich um der in ihm wie

klassenhaft gespalten auch immer allgemein repräsentierten Interessen willen, checks and balances auch und gerade gegenüber der einseitig enteulenden Ökonomie und ihren ansonsten geteilten Interessen institutionell und prozedural auszubilden. Claus Koch formuliert am Kernexempel des Arbeitsmarktes zutreffend: »Der Staat zieht also nach und bekräftigt, was sich bereits in den Unternehmen mit der Zerstörung der Kompetenz und Erfahrung vollzieht.« Als Deregulierung gepriesen, expandiert das betriebswirtschaftliche Kalkül. Die Umfunktionierung anderer Politiken, wie vor allem des Endes einer namhaften Bildungspolitik belegen diesen Vorgang. Deshalb gilt: »Die Staatsmaschinen erweisen sich heute als bewußtlos gegenüber ihrem Zweck der sozialen Integration als einem Zweck der politischen, der staatsbürgerlichen Gesellschaft« (Koch 1995, 31 und 33).

»Selbstkritik ist die Universalärzerei« (Wladimir Majakowski)

Selbstkritik gilt an erster Stelle dem Begriff des Sozialismus selber. Trotz Kritischer Theorie (die heute neopositivistisch dünnsobig aufbereitet wird) sind viele derjenigen, die einen undogmatischen, nicht »realsozialistisch« strangulierten Sozialismus als Orientierungsmarge wählten, in zuweilen tödliche Fallen getappt. Auch wir sind hier zum Teil mitgefangen worden. Die erste Falle, im 19. Jhd. mit besseren Gründen geschichtsphilosophisch installiert (sie macht auch die Schwäche der Marxschen Revolutions-»Theorie« aus), besteht in der Annahme geradezu naturwüchsiger Revolution. Daß die Geschichte mit ihnen sei, hat Millionen und Abermillionen von unterdrückten Menschen und intellektuellen Propheten bewegt. Es wäre schal und falsch, darüber nachgeboren sich zu erheben und zu spotten. Dennoch hat dieser noch die indezente Selbstüberschätzung der Studentenbewegung motivierende Glaube verhängnisvolle Konsequenzen gezeitigt. Er blendete die humanistisch kritischen Augen. Er verführte zu Identifikationen mit »machtvollen Bewegungen« und damit zur Preisgabe des eigenen Kopfes, der Notwendigkeit selbst dauernd zu prüfen, zu bewerten und immer erneut zu entscheiden. Er machte es möglich, nicht selbst immer wieder erneut eigene Zeit und eigene Kraft zu opfern - das wird immer erforderlich sein, wenn man sich nicht im status quo einigelt. Vielmehr nahm man Menschenopfer hin, zum Teil ungeheure Menschenopfer. Man erinnere sich an das Verhalten nicht weniger Intellektueller gegenüber den Moskauer Prozessen. Auch wenn heute kaum jemand noch revolutionäre Prozesse in der apostrophierten Weise im Gang sehen wird, zeigt sich in allen Emanzipationsbewegungen zum einen immer wieder die evolutionistische Hoffnung und die Sucht nach kopfschläferischer Identifikation. Zum anderen dann, wenn jäh erkannt worden ist, daß auf solche Evolutionen nicht zu

vertrauen ist, der enttäuschte Rückzug zur großen Gruppe derjenigen, die schon immer wußten, daß »nichts zu machen« ist und deswegen auch der »an sich« Reformwillige nichts tun muß, um die Verhältnisse zu ändern. Der Sozialismusbegriff hat lange auch dadurch an Kontur verloren, daß die Kritik am leninistisch-stalinistischen Begriff des Sozialismus/Kommunismus und der demgemäßen Praxis auch von denjenigen, die nicht mehr oder nie auf diesen herrschaftstollen Staatsbürokratismus setzten, zu konturenarm, zu wenig explizit, zu wenig öffentlich geübt worden ist. Viele guten Gründe schien es vor allem zu Zeiten des herrschenden westlichen ideologischen Antikommunismus und seiner dauernden Hetze zu geben. Und der ideologische Antikommunismus geht lange zurück. Er hob 1917 an und verband sich mit der etablierten und bürgerlichen Devise des 19. Jhdts. wenigstens in Deutschland wider die Französische Revolution und all das, was sie verbrochen hatte und an Demokraten weiter verbrach. So richtig indes die Kritik am ideologischen Antikommunismus war und bleibt, so falsch war es, die radikale Kritik am Sowjetimperialismus und seinen Trabanten abzukappen oder sie nur flüsternd zu äußern. Damit wurden herrschaftlich interessierte Verwechslungen möglich. So konnte es geschehen, auch unter falschem Rekurs auf Marx, daß man die Menschenrechte »den Rechten« überließ, statt deren einseitig ungenügenden Begriff und deren systematisch unzureichende Praxis der Menschenrechte zu bekämpfen. Hinzukommt, daß eine Fülle zentraler Begriffe und Verfahrensweisen, dessen, was unter Sozialismus menschenrechtlich-demokratisch vernünftiger Weise zu verstehen sei, offen gelassen worden sind bzw. apologetisch unzureichend bestimmt wurden. Statt sich beispielsweise mit den frühen und im Kern triftigen Einwänden Max Webers auseinanderzusetzen (in seinem »Sozialismus«-Vortrag von 1918, just vor österreichischen Offizieren in Wien gehalten, vor allem aber in »Wirtschaft und Gesellschaft«, Teil Wirtschaftssoziologie), hat man denselben als »Bürger« abgehakt und ist zur eigenen bornierten Tagesordnung übergegangen. Dadurch versäumte man es, allen von Weber zurecht kritisierten ökonomischen Reduktionismus zu vermeiden (a la Kautsky: »... und also war die Reformation nur eine kleine Verschiebung in der Wollweberindustrie«, Bloch hat sich darüber immer lustig gemacht; man denke auch an die teilweise leer rotierende Staatsableitungsdebatte der 70er Jahre oder an die peinliche Konjunktur der beiden Hauptverben »ableiten« und »aufzeigen«). Weil man der Auseinandersetzung mit Weber u.a. aus dem Weg ging, wurde der eigene Begriff politisch-ökonomischer Planung, um Gebrauchswerte direkter produzieren und klassenloser aneignen zu lassen, nie so zugespitzt, daß der ekstatische und konterproduktive Bürokratismus mit all seinen törichten Kontrollformen explizit wenigstens konzeptionell vermieden worden wäre.

All diese Kritik muß ohne alberne Selbstanklagungsgesten, ohne Lust an antiquarischer Geschichtsschreibung eigener »Jugendsünden« heute betrieben werden. Aus ihr ergeben sich Anforderungen an einen angemessenen Sozialismusbegriff heute und zugleich Einsichten darüber, welche letztlich normativen Annahmen dieses Begriffs nicht zur Disposition gestellt werden dürfen.

Zuweilen kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, als seien für manche während der 80er Jahre, die sog. Krise des Marxismus und spätestens seit 1989 Demokratie und Menschenrechte deswegen »zur Frage« geworden, weil sie dieselbe zuvor nicht gestellt haben. Falsch verstandene Ideologiekritik am bürgerlichen (Un-)Wesen hatte sie verblindet. Während seinerzeit immer wieder gemahnt hätte werden müssen, radikale Kritiker vergeblich die Qualitäten bürgerlicher, vor allem demokratischer und menschenrechtlicher Formen nicht, ist es heute an der Zeit die dünnblütigen Begriffe eben dieser Formen, die nun monstranzhaft herumgetragen werden, hart zu kritisieren. Demokratie und Menschenrechte leiden heute geradezu darunter, daß so flachsinnig und indolent gegenüber ihrer längst ausgehöhlten und systematisch in Frage gestellten Existenz mit ihnen umgegangen wird. Vor allem akademische Intellektuelle, so dieser Ausdruck kein Oxymoron darstellt - vgl. Russell Jacoby's übertragbare Überlegungen zu den »last intellectuals« (1987) -, von denen man's früher z. T. erheblich anders hörte, sind zu rügen. Sie richten sich in der angeblich gegebenen Demokratie samt ihren Menschenrechten »mittendrin« ein und bewahren ihren intellektuell aufklärerischen Anspruch, indem sie ihre Krallen leicht am Bestand wetzen - sanft als »Helden des Rückzugs«. Wer indes von Demokratie und Menschenrechten inmitten des globalen Kapitalismus weiter ernsthaft reden will, der muß sich darauf einstellen, dies in großem Abstand zum etablierten Geschehen zu tun.

Sozialwissenschaftlich wenigstens neigt man immer erneut dazu, frühere Verhältnisse als »gelingen« oder »nichtgelingen« simplifizierend bildhaft zusammenzuziehen. Entsprechend werden dann heute Krisen angezeigt, werden neue Regime errichtet, nehmen wir Abschied vom »sozialdemokratischen Jahrhundert« u.ä.m. Diese sozialwissenschaftliche, wenn nicht allgemein menschliche Tendenz der 'Weltanschauung' ist in Zeiten des raschen Wandels unvermeidlich.

Bezogen auf die Gegenwart haben wir den Eindruck, daß die ersten 40 Jahre der Nachkriegszeit seltsam »idealisiert« werden. So tun nicht wenige so, als habe es längere Zeit einen funktionierenden Keynesianismus gegeben. Als habe »der« Sozialstaat mehr recht als schlecht bestanden. Als habe die von Marshall mit normativem modernisierungstheoretischen Hintergrund beschriebene Ergänzung des politischen Bürgerstatus durch einen sozialen

im Sinne eines neuen Gesellschafts- oder Staatsvertrags stattgefunden. Als habe auch der keynesianisch bewußte Staat im Sinne des bundesdeutschen Stabilitätsgesetzes von 1967 steuernd gewirkt und aktiv planend, gar in einer »aktiven Gesellschaft« (Etzioni) »Gemeinschaftsaufgaben« ausgeführt. Wir wollen gewiß nicht so tun, als habe sich gar nichts verändert. Es scheint uns jedoch gefährlich, sich eine Art sozialdemokratische Passpartout-Welt und sei es nur in unserer unmittelbaren Vorvergangenheit vorzustellen. Erst wenn eingesehen wird, daß auch die vorherige Periode mitnichten annehmliche, demokratisch menschenrechtliche »Lösungen« produzierte und produzieren konnte, erst dann wird das ganze Ausmaß der gegebenen Probleme erkenntlich, erst dann gerät man auch nicht vorwärts rücklingsgerichtet auf altneue Holzwege.

Wird Selbstkritik in dieser Richtung geleistet, eine Kritik, die nicht primär vereinzelte, individuell gerichtete Kritik sein kann, dann lautet die Konsequenz: Die jeweils eigene Position, der eigene, letztlich normative Bezugsrahmen sind nicht nur neu explizit zu machen; es ist gleichermaßen vonnöten, diese eigene Position, die hoffentlich nicht gläubig identifikatorisch bezogen wird, immer erneut zu riskieren. Und dies ohne dieselbe, zum Beispiel als sozialistische sogleich »wegzuwerfen«, auf den großen, viel zu fahrlässig ausgeweiteten Müllhaufen der Geschichte, wenn der Erfolg ausbleibt, lange ausbleibt. Auch und gerade über die Kriterien des Erfolgs sollte sich jede und jeder skrupulös Rechenschaft abgeben. Politisch-sozialistisch kann man sich nur verhalten, wenn man »durch die Halle der Resignation« (Albert Schweitzer) geschritten ist.

Jenseits des Nationalstaats:

Paradoxien einer sozialistischen Weltkonföderation

Wäre das was, eine neue Erde und neue Menschen? Sobald man begriffen hat, daß man solches nicht hoffen kann, nicht hoffen darf, solange man menschlich Reformen aufs dringendste anstrebt, Veränderungen auch der umfanglichsten Art, sobald wird man, so sind wir überzeugt, dafür frei, radikale Änderungen, so sie als angemessen überzeugend dargetan werden können, zu verlangen. Dann ist die Gefahr gebannt, daß man in die Falle neuzeitlicher Utopie geraten könnte oder in die Falle der mächtigsten aller Utopien, des bleibenden status quo, weil man sich niederlagenwund keinen »mutigen Glauben« mehr aufzubringen traut.

Utopien, wie sie neuzeitlich von Bacons »Neuem Atlantis« bis zu den im Gulag oder KZ endenden Utopien des 20. Jhdts. konzipiert waren, blieben diesseits aller Unterschiede immer von abstrakten Konstruktionen von ei-

ner weißen Planungsfläche geprägt. Indem man von allen ärgerlichen Besonderheiten, allen Ambiguitäten und Ambivalenzen absah, abstrahierte, versuchte man sich zuletzt staatsterroristisch aus der gegebenen »Masse Mensch« die Menschen zu schaffen, die die zukünftige, perfekt geplante, in jedem Staubkorn herrschaftlich identifizierte Gesellschaft ausmachen sollten. Terrorismus ist so zuerst als »angewandte Abstraktion« zu bestimmen, wobei das Programm überaus tugendvoll, geradezu von kategorischen Imperativen geprägt sein kann. »Die Tugend muß durch den Schrecken herrschen«, verkündet Georg Büchners Robbespierre in »Dantons Tod« geschichtsnah.

Utopien aus diesem Umkreis sind, wenn sie es denn je waren, schlechterdings nicht mehr zu rechtfertigen. Jede andere Gesellschaftsvorstellung muß mit den Menschen »wie sie sind« auskommen. Allerdings sind die Menschen nicht einfach, »wie sie sind«. Sie werden, bekanntlich, als Möglichkeitswesen, wie sie jeweils sind, auf höchst unterschiedliche Weise historisch aktuell. Darum kommt es zum einen darauf an, sorgsam herauszufinden, welches Möglichkeitsspektrum Menschen auszeichnet - bekanntlich reicht das bis zur Selbsterfüllung in der Ermordung anderer. Jede historische Anthropologie heute muß die Erfahrungen aus den Konzentrationslagern berücksichtigen (vgl. die Arbeiten Primo Levis und jüngst Lawrence L. Langer). Skrupulös ist zu ermitteln, welche aktualisierten Möglichkeiten Menschen am ehesten zur Fülle ihrer menschlichen Chancen kommen lassen - letztlich ein historisch-normativer Begriff, indem man Erfahrungen aus der Menschengeschichte siebt, sortiert und bewertet (Patterson 1984 und 1990). Und schließlich gilt es, die historisch jeweils zuhandenen Umstände herauszufinden, die die als positiv bewerteten menschlichen Möglichkeiten am ehesten verwirklichen lassen. Die besten Möglichkeiten der Menschen fassen wir in den materialistisch-institutionell gefaßten und erweiterten Menschenrechten. Materialistisch-institutionell gefaßt müssen sie sein, weil sonst die Menschenrechte abstrakte Normen werden, die von der Nichtbeachtung über die symbolische Inszenierung jeden Mißbrauch zulassen.

Verfährt man solcherweise komparativ, nicht superlativisch-absolut, dann ist die Gefahr der Hybris wenn nicht gebannt, so doch erkannt. Als könnten wir heute in welcher ohnmächtig-mächtigen Gruppierung auch immer aus der hohlen Hand und ohne langen irrumsreichen und nie völlig erfolgreichen Prozeß eine neue Gesellschaft bauen oder auch nur anstreben. Die sozialistische Orientierung, die wir nicht aufgeben, die wir im Gegenteil erneuern wollen, wir zusammen mit vielen anderen, besteht nicht in der Vorstellung einer perfekten Gesellschaft. Das bedeutete schiere Inhumanität, außerhalb oder am Ende menschlich-irdischer Zeiten. Die sozialistische Orientierung besteht auch nicht in der gewissen Verheißung, eine solche

Gesellschaft werde einmal, möglichst noch zu unseren oder doch in jedem Fall zu unserer Kinder Lebzeiten sein. Die sozialistische Orientierung besagt vielmehr, daß wir davon überzeugt sind, eine qualitativ andere denn die gegenwärtige kapitalistisch-etatistische Gesellschaftsformation sei irdisch, mit diesen Menschen, die seit einigen Jahrtausenden bekannt sind, möglich. Daß wir gleicherweise nach all dem, was wir aus der Geschichte der Sklavinnen und Sklaven, der Unterdrückten, der Geschichte der Kunst, aber auch der Herrschaftsgeschichte wissen, überzeugt sind, nur eine aus sozialistischen Gesellschaften zusammengesetzte Weltkonföderation, alleamt Konfliktgesellschaften auf der Basis eines hohen Maßes an materieller Gleichheit, die mit ihren Konfliktparteien friedlich einigend, verschiebend, palavernd umgehen, nur ein *födu*s pacificum (Kant) unter solchen basisdemokratischen Konfliktgesellschaften entspreche den besten menschlichen Möglichkeiten. Es mache Krieg, Genozid, Folter, massenhaften Hunger u.ä. unwahrscheinlich. Ansonsten indes sind wir uns bewußt gerade, indem wir uns verbindlich an einer sozialistischen Gesellschaftsformation orientieren, daß wir und andere, die solches anstreben, jeden Tag und jede Stunde um die Zerbrechlichkeit einer solchen vergleichsweise besseren Gesellschaft wissen müssen. Deswegen sind Kritik, Kontrolle und Korrektur ein dauernd begleitendes großes dreifaches K (Nussbaum 1986).

Wer sich heute der Anstrengung sozialistischen Begriffs unterzieht, der weiß, wie wir eingangs ausgeführt haben, daß heute weltweit und lokal die Verfassungsfrage mehrdimensional im Zentrum aller zur Lösung anstehenden Probleme sich befindet. Diese allgemeine Verfassungsfrage umfaßt folgende ihrerseits schier übergewichtigen Unterfragen:

- Wie ist Gesellschaft heute möglich (also nicht mit Simmel allgemein erkenntnistheoretisch gefragt)?
- Wie ist Wirtschaft global und lokal neuzeitlich zum ersten Mal verantwortlich-kontrollfähig zu verfassen?
- Was kann Politik nach der kriegerischen Blüte der Nationalstaaten in einem entgrenzten, aber eben nicht vom kingkonghaften Ungeheuer eines Weltstaats besetzbaren Raum bedeuten? Oder anders, wie kann Politik das ihr nötige Land gewinnen?
- Wie steht es um die menschenrechtliche Bezugsgröße schlechthin, eine Größe, die wir alle zu verkörpern beanspruchen; wie steht es mit der Person, genauer der Vielheit von je eigenen Personen - verloren »im Welt-raum«, abstrahiert von der Fülle beladend-befreienden sozialen Nah- und Fernzusammenhängen?

Angesichts des von der Sache her gesehen unvermeidlichen quantitativen Ausuferns unseres Essay beschränken wir uns nun auf schlagsatzartige Ausführungen. Wir versprechen bald einen »Nachschlag« zu servieren.

a) Wer von Gesellschaft spricht, spricht von sozialer Schließung. Eine Weltgesellschaft ohne Grenzen ist ein Unding oder ein perfektes Ungeheuer. Allerdings ist es ausschlaggebend, um welche Grenzen es sich handelt, wer wie ausgegrenzt wird, wer über die Grenzen entscheidet, wer Grenzverletzungen wann und wie sanktioniert, in welchem Verhältnis Grenzen und Grenzüberschreitungen, ja Entgrenzungen stehen.

Will man Menschenrechte verwirklichen, ist an ihrem universalen Anspruch festzuhalten. Will man Menschenrechten getreu sich verhalten, ist das Individuum ineffabile zu achten (Goethe an Lavater: »Kennst Du schon das große Wort: individuum est ineffabile«), d.h. die milliardenhaften Besonderheiten sind Trumpf. Welch ein ungeheurer, schreckender und zugleich faszinierender gesellschaftlicher Leistungsanspruch steckt in der Forderung, Besonderheiten zu schützen, d.h. zugleich Grenzen anzuerkennen und zu bewahren. Das Recht auf Integrität meint genau dieses: habeas corpus u.a. Zugleich verlangt der universelle Anspruch, keine negativ diskriminierenden Grenzen zu akzeptieren. Diese Nuß gilt es, sozialistisch als Nußknackerlösungsmuster ohne Gewalt zu (ver)fassen.

b) Immer wieder hört man von Gutmeinenden Weltstaatsgeraune. Als vermöge ein sterblicher Übergott (denn schon die Nationalstaaten kleideten sich in den schweifenden Staub- und Purpur-Mantel des sterblichen Gottes) dem Jammer unter den Menschen und der Menschen gegen die Menschen mit harter, aber gerechter weltgewaltmonopolbewehrter Hand ein für allemal ein Ende zu setzen. Welch eine schlimme und zugleich illusionsvolle Utopie.

Worauf es ankommt, ist eine Weltföderation zu konzipieren und schrittweise zu realisieren, die von unten nach oben aufgebaut, mit mehrfachen Loyalitäten und verschiedenen Dichten der Teilnahme bzw. der Delegation arbeitet. Nur wenn lokal und regional radikale Demokratie möglich ist, das heißt auch Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Einrichtungen mit möglicherweise begründungspflichtigen unterschiedlichen Formen, nur dann werden die Mitglieder einer Gesellschaft (politische) Bürgerinnen und Bürger, selbstbewußt handlungsfähige Wesen werden. Nur diese können in die Lage versetzt werden, mit »neuen Unübersichtlichkeiten« nicht regressiv zu leben, sondern diese phantasievoll zu durchdringen. Gleichfalls gilt: Nur wenn mehrfache Loyalitäten gegen den loyalistischen Exklusivitätsanspruch des Nationalstaats erlaubt, eingeübt und beansprucht werden, nur dann ist eine Art neuer weltweiter Gewaltenteilung auch gerade im Sinne institutionalisierter Loyalitätskonflikte möglich. Nur eine so inszenierte Politik, die Politik als Bürgerhandeln und Bürgerverstehen möglich machte, entspräche im übrigen den nicht wehrhaft, aber notwendig begrenzten Gesellschaften.

c) Personen, darin haben die Neuhumanisten aller Erfahrung nach recht, die Wilhelm von Humboldts und viele andere, können sich nur bilden in sachte sich öffnenden Nahräumen, die weder arbeitsteilig völlig zerfetzt sind, noch den dynamisch sich verstärkenden Erfahrungsklau mit Hilfe der innovativen Furie des Verschwindens hemmungslos praktizieren. Neben der Dynamik, das gilt für Gesellschaft und Politik gleicherweise, ist institutionell und normativ gewährleistete Statik unabdingbar. Wer Traditionen und damit Erinnerungen restlos auskippt, wie die museal-werbekräftigten Modemacher unserer Tage, der blockiert jedenfalls Bildungsprozesse von Personen.

Solche Einsichten verlangen qualitativ andere Sozialisationsformen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleicherweise. Dieselben müssen ganztätig-integrativen Charakter besitzen und politisch-demokratisch eingemeindet werden. Das bedeutet auch, daß die jeweiligen Sozialisationsinstitutionen ein Gutstück autonom und autark installiert sein müssen.

Eine wesentliche der angekündigten Verfassungsreformen angesichts global, national und lokal drängender Verfassungsfragen (selbstredend nicht primär i. S. von geschriebenen Verfassungen, sonst hätte Lassalle immer noch Recht) haben wir noch ausgelassen: die der Ökonomie. Sie ist inmitten eines kapitalistischen Globus, der den Primat der Ökonomie dauernd reproduziert, ja verstärkt, die wichtigste. Und sie ist, auch angesichts des etablierten Interessengeflechts und der institutionalisierten Gedankenlosigkeit der normalen Ökonomie als Wissenschaft zugleich die schwierigste.

So wie die Probleme aufgehäuft liegen, so wie die globale Ökonomie funktioniert, steht jedenfalls außer Frage, daß die Dauerdesaster und die fortlaufend gefährlich rumorenden Weltwirtschaftskrisen - man denke nur an den von niemandem be-, gar ergriffenen oder ergreifbaren Weltgeldmarkt - nur dann überwunden werden können, wenn die kapitalistische Ökonomie entkernt wird. Das aber heißt an erster Stelle, daß die der Sache nach *politische* Ökonomie, deren Machtausübungen den Alltag bestimmen, prinzipiell entsprechend politisch, das heißt öffentlich organisiert werden muß. Hierbei ist sogleich hinzuzufügen, daß politische Organisation, wie sie einer sozialistischen Gesellschaft gemäß ist, nicht mit verstaatlichter Ökonomie zu verwechseln ist, denn sonst würde der wenigstens partiell in seiner Weise effektive Beelzebub mit einem unfähigen und gleicherweise undemokratischen Teufel ausgetrieben. Politische Organisation der Ökonomie bedeutet nicht, umstandslos die - allerdings erheblich zu verändernde - Sphärentrennung aufzuheben. Sie hat deswegen auch keine Totalplanung, detaillierte Verwaltungswirtschaft u.ä.m. zur Folge, wiewohl kräftige Rahmenplanung und öffentliche Kontrolle eine Rolle spielen müssen.

Die durch die Struktur nun globalisierter Privatheit ausgezeichnete Ökonomie ist entsprechend dem politischen Anspruch in die Gesellschaft mit ihren Effekten zurückzuholen. In diesem Sinne ist von der moralischen Ökonomie, wie sie E.P. Thompson u.a. erinnert haben, zu lernen. Die Emanzipation einer eigengesetzlich behaupteten Ökonomie von Gesellschaft und Politik ist nicht nur zum guten Teil, so wirksam sie ist, ideologisch. Sie ist auf die Dauer verhängnisvoll. Die Spuren schrecken.

Schließlich bedeutete Neugewinn einer politischen Ökonomie und deren entsprechende Verfassung das Wirtschaftsgeschehen, was schon Polanyi vorgeschlagen hat, je nach Bereich und Funktion zu pluralisieren. Dann werden vormoderne Wirtschaftsformen wieder akut, ohne daß sie gar im Sinne einer globalen ausgedehnten Subsistenzproduktion in lokal-regionaler Form auch nur als Orientierung zurückkehren dürften.

Wir stimmen mit Harry Magdoff überein:

»And that is [die Schlußfolgerung aus seinem Aufsatz] that we should abandon the illusions and myths that there is a way to restructure capitalism to make it human again, to reverse the trends of the last hundred years. Some of our comrades talk about a struggle for an improved structure of accumulation. But that accumulation is where the dog is buried. The reforms that progressives and radicals talk about are ways to increase productivity and straighten out monetary systems - all are geared to getting onto a fast growth track, when it is the fast track itself that is the problem. So many of our progressives and radicals can't seem to unburden themselves of key elements of bourgeois ideology. To be clear, I am not talking about struggle for protection of the people, for the drive to take from the rich to protect the poor. That struggle is a major priority, of course. But let us not kid ourselves with false panaceas. We need to use our energies as to how capitalism really works and that there is an alternative.« (Magdoff 1995, 24f)

Um eine lange, eine schier unendliche Geschichte mit einem Satz einstweilen zu beenden: Wem an Menschenrechten und Demokratie tatsächlich und ohne begriffliche Verwässerung bis zur Unkenntlichkeit gelegen ist, wen Ängste ob der verantwortungslos inkompetenten Politik heute umtreiben und ebenso Ängste um die lemminghafte Konkurrenz mit der weltweit gespaltenen Globalhymne: Wachstum, Wachstum über alles, der und die werden ohne eine sozialistische Orientierung nicht auskommen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977): Kulturkritik und Gesellschaft in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 10/1, Frankfurt/Main, S.11-30.
- Aly, Götz; Roth, Karl-Heinz (1984): *Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus*, Berlin.
- Arendt, Hannah (1981): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München.
- Bauman, Zygmunt (1992): *Moderne und Ambivalenz*, Hamburg.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/Main.
- Edvardson, Cordelia (1986): *Gebranntes Kind sucht das Feuer*, München.
- Habermas, Jürgen (1995): »Ein Abgrund von Trauer«. Interview mit dem Philosophen Jürgen Habermas über die Intellektuellen und den Balkan-Krieg, in: *Der Spiegel* Nr. 32 vom 7.8.95.

- Hirsch, Joachim (1995): Menschenrechte und Demokratie angesichts der Globalisierung des Kapitals, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): *Jahrbuch '94/95*, Sensbachtal
- Hirsch, Joachim (1995a): *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin (i.E.).
- Jacoby, Russell (1987): *The Last Intellectuals. American Intellectuals in the Age of Academe*, New York.
- Koch, Claus (1995): *Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft*, München.
- Langer, Lawrence L. (1995): *Admitting the Holocaust*, New York. (Der Schlußessay dieses Buches erscheint übersetzt in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): *Jahrbuch '94/95*, Sensbachtal.)
- Magdoff, Harry (1995): The Clock Slows Down, in: *Monthly Review* Vol. 47, June, S.17-25.
- Magdoff, Harry (1995): A Note on »Market Socialism«, in: *Monthly Review* Vol. 47 May, S.12-18.
- Narr, Wolf-Dieter; Vack, Klaus, (Hg.) (1991): *Verfassung. Oder wie können wir in Zukunft leben?* 61 Texte, Sensbachtal.
- Nussbaum, Martha C. (1986): *The Fragility of Goodness. Luck and Ethics in Greek Tragedy and Philosophy*, Cambridge.
- Parin, Paul (1994): *Es ist Krieg und wir gehen hin. Bei den Jugoslawischen Partisanen*, Reinbek bei Hamburg.
- Pateman, Carole (1988): *The Sexual Contract*, Stanford, CA.
- Patterson, Orlando (1984): *Slavery and Social Death*, New York.
- Patterson, Orlando (1991): *Freedom. Freedom in the Making of Western Culture*, New York.
- Polanyi, Karl (1977): *The Great Transformation*, Frankfurt/Main.
- Schattschneider, J. J. (1960): *The Semisovereign People*, New York.
- Strange, Susan (1986): *Casino Capitalism*, New York.
- Tilly, Charles (1989): *Coercion, Capital and European States*, London.
- Weber, Max (1963): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen.
- Weber, Max (1989): Zur russischen Revolution 1905, in: *Gesamtausgabe* Bd. 10, Tübingen.